

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften - Drucksache 7/3361 vom 13.04.2021

und

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/3456 vom 27.04.2021

Berichtersteller:

Abgeordneter Andreas Büttner (Fraktion DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften (Drucksache 7/3361) in seiner 42. Sitzung am 29. April 2021 zur Beratung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales. Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/3456) gilt gemäß § 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages als mitüberwiesen.

Mit dem Gesetzentwurf sollen unter anderem ein Landtagsbeschluss vom 13. Mai 2020 (Drucksache 7/1165-B, 3. Absatz) sowie Verabredungen des Koalitionsvertrages umgesetzt werden. Dazu soll die rechtliche Prüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren auf Antrag an den Anfang des Verfahrens verlagert werden. Außerdem soll die Kommunalverfassung dahingehend geändert werden, dass Ortsteilbudgets nunmehr verpflichtend vorzusehen sind. Schließlich sollen mit dem Gesetzentwurf Elemente der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung, die im Zuge der Coronapandemie erlassen wurde, in die Kommunalverfassung aufgenommen werden. Dies betrifft insbesondere die Möglichkeit der Durchführung von Hybridsitzungen auch als reguläre Sitzungen der kommunalen Vertretungen. Der unveränderte Gesetzentwurf sollte dem für Inneres zuständigen Ministerium darüber hinaus ermöglichen, unter bestimmten Voraussetzungen die Bildung, Änderung oder Auflösung einer Mitverwaltung aus Gründen des Gemeinwohls anzuordnen.

Der mitüberwiesene Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/3456) zielt darauf ab, dass Gemeindevertretungen vor beabsichtigten Änderungen der Geschäftsverteilung durch die Hauptverwaltungsbeamten vorab zu informieren sind.

B. Beratung

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales verständigte sich vorbehaltlich der Überweisung in seiner 23. Sitzung am 14. April 2021 darauf, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Die Anhörung fand in der 24. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 5. Mai 2021 statt. An ihr nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg e. V., des Landkreistages Brandenburg e. V. und von Mehr Demokratie e. V. teil. Außerdem hatten der Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, die Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee, der Bürgermeister der Stadt Jüterbog und der Erste Beigeordnete der Stadt Hohen-Neuendorf im Rahmen der Anhörung Gelegenheit, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Als Einzelsachverständiger war Prof. Dr. Ihno Gebhardt von der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg zu der Anhörung eingeladen. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll mit den anliegenden schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden verwiesen (P-AIK 7/24).

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 26. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 14. Juni 2021 lagen ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vom 8. Juni 2021 (Anlage 2), zwei weitere Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE vom 11. Juni 2021 (Anlage 3 und 4) sowie ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 14. Juni 2021 (Anlage 5) vor.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen (Anlage 2) sieht insbesondere folgende Änderungen vor: Das Unterschriftenquorum für die Zulässigkeitsprüfung von Bürgerbegehren wird von mindestens 2 Prozent der Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise 500 Bürgern auf das Zweifache der Anzahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der jeweiligen Gemeinde abgesenkt. Die im unveränderten Gesetzentwurf enthaltene Obergrenze für die Teilnahme an Sitzungen per Video von höchstens 30 % der Gemeindevertreter wird unter Festschreibung des Grundsatzes der Präsenzsitzung aufgehoben. Voraussetzung für die Teilnahme per Video soll dabei sein, dass die Gemeindevertreter anderenfalls eine persönliche Teilnahme an der Sitzung aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder vergleichbaren Gründen nicht ermöglichen können. Die Möglichkeit des für Inneres zuständigen Ministeriums unter bestimmten Voraussetzungen die Bildung, Änderung oder Auflösung einer Mitverwaltung aus Gründen des Gemeinwohls anzuordnen, wird aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Zukünftig sollen sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner auch Sitzungsgelder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen erhalten, wenn die Teilnahme im Rahmen ihrer Tätigkeit als sachkundiger Einwohner erfolgt. Schließlich wird durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen die im Gesetzentwurf enthaltenen Evaluierungsregelung dahingehend geändert, dass der Evaluierungsumfang erweitert und die Evaluierungsfrist verkürzt wird.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zielen auf eine Klarstellung, dass die Zulässigkeitsprüfung von Bürgerbegehren am Anfang des Verfahrens auf freiwilliger Basis erfolgt und dass während der Prüfung weitere Unterschriften gesammelt werden können (Anlage 3). Außerdem soll die Regelung, die eine Teilnahme an Sitzungen von kommunalen Vertretungen per Video ermöglicht, zunächst befristet werden (Anlage 4).

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Anlage 5) zielt darauf ab, den Regelfall der Präsenzsitzung zu betonen und die Ausnahmemöglichkeiten der Tagung per Video- oder Telefonkonferenz an die Feststellung einer außergewöhnlichen Notlage sowie eine einstimmige Beschlussfassung der Gemeindevertretung im Umlaufbeschlussverfahren zu knüpfen.

Während der abschließenden Beratung wurden die Änderungsanträge von den einbringenden Fraktionen noch einmal ausführlich mündlich vorgestellt und erörtert.

Die Koalitionsfraktionen wiesen zu ihrem Änderungsantrag ergänzend darauf hin, dass die deutliche Absenkung des Unterschriftenquorums als Hürde für die Zulässigkeitsprüfung möglich sei, weil eine Missbrauchsgefahr nicht gegeben sei, beziehungsweise auch durch das abgesenkte Quorum ausgeschlossen werden könne. Die Koalitionsfraktionen warben dafür, bei der Ermöglichung der Teilnahme an Sitzungen per Video durchaus fortschrittlich zu agieren. Zwar sei davon auszugehen, dass die allermeisten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter Präsenzsitzungen bevorzugten. Wenn im Einzelfall ein Verhinderungsgrund für eine persönliche Teilnahme vorliege, sei es nach den zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen mit Videokonferenzen und -zuschaltungen aber nicht einsichtig, warum eine Teilnahme per Video verweigert werden solle. Es könne auch eine Dunkelziffer an Personen

geben, die sich nur deswegen nicht um ein Kommunalwahlmandat bemühten, weil die zwingende persönliche Teilnahme an Sitzungen sie vor erhebliche Schwierigkeiten stelle. Zu den Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE wiesen die Koalitionsfraktionen darauf hin, dass es der angestrebten Klarstellung, dass die Zulässigkeitsprüfung von Bürgerbegehren am Anfang des Verfahrens auf freiwilliger Basis erfolge, nicht bedürfe. Es sei klar geregelt, dass die Zulässigkeitsprüfung nur auf einen entsprechenden Antrag hin am Anfang des Verfahrens erfolge. Zu der von der Fraktion DIE LINKE beabsichtigten Befristung der Regelung zur Zuschaltung per Video verwiesen sie auf die vorgesehene Evaluation des Gesetzes. Auf der Grundlage des Evaluationsergebnisses könne über den Fortbestand beziehungsweise die Weiterentwicklung der Vorschrift entschieden werden. Einer Befristung bedürfe es nicht. Die Koalitionsfraktionen kritisierten an dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion besonders das vorgesehene Einstimmigkeitserfordernis für die Durchführung von Videositzungen. Das sei das Gegenteil des ansonsten von der Fraktion propagierten Grundsatzes des Minderheitenschutzes in politischen Gremien.

Die Fraktion DIE LINKE erklärte ergänzend, dass es einen Unterschied darstelle, ob eine Regelung lediglich evaluiert oder von vornherein befristet werde. Für die Akzeptanz der vor Ort noch sehr unterschiedlich bewerteten Regelung zur Teilnahme an Sitzungen per Video sei es vorzugswürdig, diese erst einmal klar zu befristen. Auch die bisherigen, sehr unbefriedigenden Erfahrungen mit der Arbeit des Ministeriums des Innern und für Kommunales sowie der Arbeit der Koalitionsfraktionen in dieser Wahlperiode sprächen dafür, die Vorschrift klar als Erprobungsregelung zu kennzeichnen.

Die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER äußerte sich verwundert über den Umfang des durch die Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsantrages. Auch die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER habe zahlreiche Vorschläge für die Änderung der Kommunalverfassung vorbereitet, diese aber im Hinblick auf die angekündigte und abgesprochene „große Reform“ der Kommunalverfassung zunächst zurückgestellt.

Die AfD-Fraktion betonte, dass Videositzungen absolute Ausnahmefälle bleiben sollten. Viele Kommunen verfügten auch noch nicht über die dafür notwendige technische Ausstattung.

Im Rahmen der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes spielte auch die Frage eine Rolle, ob in die Regelung zur Ermöglichung von Hybridsitzungen explizit die beschließenden Ausschüsse aufgenommen werden müssten, um klarzustellen, dass auch die Jugendhilfeausschüsse per Videoschaltung tagen können. Die Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass es bei der Anwendung der kommunalen Notlagenverordnung unterschiedliche Auslegungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Hybridsitzungen für die Jugendhilfeausschüsse auf kreislicher Ebene gegeben habe.

Das Ministerium des Innern und für Kommunales stellte hierzu auf eine entsprechende Bitte des Ausschusses hin klar, dass die Jugendhilfeausschüsse von den nunmehr beabsichtigten Änderungen der Kommunalverfassung im Hinblick auf Hybridsitzungen erfasst würden. § 4 Absatz 1 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) regle insoweit eindeutig, dass für den Jugendhilfeausschuss die Bestimmungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg über Ausschüsse gelten, soweit das Achte Buch Sozialgesetzbuch und das AGKJHG nichts anderes

bestimmten. Durch die nunmehr angestrebte Aufnahme der Möglichkeit von digitalen Sitzungen in die Kommunalverfassung unterscheidet sich die rechtliche Situation daher von der bisherigen Situation, als diese Sitzungen auf der Grundlage des kommunalen Notlagegesetzes und der kommunalen Notlagenverordnung durchgeführt worden seien. Sollte vor Ort zu dieser Frage eine andere Auffassung vertreten werden, würde das Ministerium hierauf mit einem erläuternden Rundschreiben reagieren.

Im Ergebnis der Beratungen lehnte der Ausschuss für Inneres und Kommunales den mitüberwiesenen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3456 mehrheitlich (2 Ja-Stimmen - 12 Nein-Stimmen - 1 Enthaltung) ab. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen (Anlage 2) wurde mehrheitlich angenommen (8 - 4 - 3). Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE wurden jeweils mehrheitlich abgelehnt (Anlage 3: 2 - 12 - 1; Anlage 4: 5 - 8 - 2).

Abschließend stimmte der Ausschuss für Inneres und Kommunales mehrheitlich (5 - 8 - 2) dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in geänderter Fassung zu empfehlen.

Anlagen

Anlage 1: Synopse

Anlage 2: Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen

Anlage 3: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Anlage 4: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Anlage 5: Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften	Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg	Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I. S. 286), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I. Nr. 38 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I. S. 286), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I. Nr. 38 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Nach der Angabe „§ 50“ wird folgende Angabe eingefügt:	a) Nach der Angabe <u>zu</u> „§ 50“ wird folgende Angabe eingefügt:
„Abschnitt 3a	„Abschnitt 3a
Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen	u n v e r ä n d e r t
§ 50a	
Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen“.	
b) Die Angabe zu Teil 4 wird wie folgt gefasst:	b) u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„Teil 4	
Einschränkung von Grundrechten, Übergangsrecht“.	
c) <u>Nach der</u> Angabe zu <u>Teil 4</u> wird folgende Angabe <u>eingefügt</u> :	c) <u>Der</u> Angabe zu <u>§ 141</u> wird folgende Angabe <u>vorangestellt</u> :
„§ 140a	„§ 140a
Einschränkung von Grundrechten“.	u n v e r ä n d e r t
2. § 6 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	2. u n v e r ä n d e r t
„§ 15 Absatz 6 bis 8 gilt entsprechend.“	
3. § 15 wird wie folgt geändert:	3. § 15 wird wie folgt geändert:
a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:	a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (initiiierendes Bürgerbegehren). Die Gemeindeverwaltung teilt den Vertretungsberechtigten des initiiierenden Bürgerbegehrens auf deren Antrag hin schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit. Über die Zulässigkeit eines initiiierenden Bürgerbegehrens entscheidet die nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Der schriftliche Antrag auf Zulässigkeitsprüfung muss von mindestens 2 Prozent der Bürger, jedoch nicht mehr als 500 Bürgern unterzeichnet sein. Abweichend von Satz 4 sind in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern 1 000 Unterschriften ausreichend. Maßgebend ist die Einwohnerzahl, die der letzten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl entspricht, welche mindestens sechs Monate vor dem Eingang des Antrags nach Satz 4 vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg veröffentlicht wurde. Jede Unterschriftenliste muss den vollen Wortlaut der Frage, eine hinreichende Begründung, eine Vertrauensperson, eine stellvertretende Vertrauensperson sowie die von der Gemeindeverwaltung mitgeteilte Kostenschätzung enthalten. Die §§ 31, 81 Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 bis 4 des Brandenburgischen Kom-

„(1) Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beim Gemeindewahlleiter beantragen (initiiierendes Bürgerbegehren). Die Gemeindeverwaltung teilt den Vertretungsberechtigten des initiiierenden Bürgerbegehrens auf deren Antrag hin schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<u>munalwahlgesetzes gelten entsprechend. Ungültig sind insbesondere Eintragungen,</u>	
	<u>(2) Über die Zulässigkeit eines initiiierenden Bürgerbegehrens entscheidet die nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Dem schriftlichen Antrag auf Zulässigkeitsprüfung sind mindestens so viele Unterstützungsunterschriften von Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde beizufügen, deren Anzahl zweimal der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter entspricht. Jede Unterschriftenliste muss den vollen Wortlaut der Frage, eine hinreichende Begründung, eine Vertrauensperson, eine stellvertretende Vertrauensperson sowie die von der Gemeindeverwaltung mitgeteilte Kostenschätzung enthalten. Die §§ 31, 81 Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 bis 4 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gelten entsprechend. Ungültig sind insbesondere Eintragungen,</u>
1. die auf Listen geleistet worden sind, die nicht den Anforderungen nach den Sätzen <u>7</u> und <u>8</u> entsprechen oder	1. die auf Listen geleistet worden sind, die nicht den Anforderungen nach den Sätzen <u>3</u> und <u>4</u> entsprechen oder
2. die früher als ein Jahr vor dem Zugang des Antrags bei der Kommunalaufsichtsbehörde geleistet worden sind.	2. <u>u n v e r ä n d e r t</u>
§ 81 Absatz 4 Nummer 3 bis 8 und Absatz 5 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend.	§ 81 Absatz 4 Nummer 3 bis 8 und Absatz 5 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(2) Die Kommunalaufsichtsbehörde legt dem Gemeindevahlleiter die Unterschriftenlisten zur Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen nach <u>Absatz 1 Satz 4 bis 6 und 8 bis 10</u> vor. Der Gemeindevahlleiter ermittelt unverzüglich das Ergebnis und legt dieses der Kommunalaufsichtsbehörde vor. Vor Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde sind die Vertrauenspersonen und die Gemeinde anzuhören. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des initiiierenden Bürgerbegehrens hat die Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines <u>Zeitraumes</u> von drei Monaten nach Kenntnis aller für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu treffen; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Gegen die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Für die Gemeinde gilt § 119 Satz 1 entsprechend.“</p>	<p>Die Kommunalaufsichtsbehörde legt dem Gemeindevahlleiter die Unterschriftenlisten zur Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen nach <u>Satz 2</u> bis 6 vor. Der Gemeindevahlleiter ermittelt unverzüglich das Ergebnis und legt dieses der Kommunalaufsichtsbehörde vor. Vor Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde sind die Vertrauenspersonen und die Gemeinde anzuhören. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des initiiierenden Bürgerbegehrens hat die Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines <u>Zeitraums</u> von drei Monaten nach Kenntnis aller für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu treffen; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Gegen die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Für die Gemeinde gilt § 119 Satz 1 entsprechend.“</p>
<p>b) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 und 4 eingefügt:</p>	<p>b) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 und 4 eingefügt:</p>

„(3) Hat die Kommunalaufsichtsbehörde die Zulässigkeit des initiierten Bürgerbegehrens nach Absatz 2 festgestellt, können die Vertrauenspersonen die Durchführung des initiierten Bürgerbegehrens durch weitere Sammlung von Unterschriften abschließend fortsetzen und die Unterschriftenlisten anschließend beim Gemeindevorstand einreichen; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Das initiierte Bürgerbegehren muss von mindestens 10 Prozent der Bürger unterzeichnet sein. Absatz 1 Satz 7 bis 10 gilt entsprechend. Die nach Absatz 1 abgegebenen sowie die gegebenenfalls zwischenzeitlich gesammelten gültigen Unterschriften sind bei der Ermittlung des Ergebnisses einzubeziehen. § 81 Absatz 6 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Ist das Quorum nach Satz 2 erreicht, ist die Angelegenheit den Bürgern der Gemeinde zur Abstimmung vorzulegen (Bürgerentscheid); § 81 Absatz 7 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Gegen die Entscheidung der Gemeinde über das Nichterreichen des Quorums nach Satz 2 können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Die Entscheidung über das Erreichen des Quorums nach Satz 2 bewirkt, dass bis zum Bürgerentscheid eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane

„(3) Hat die Kommunalaufsichtsbehörde die Zulässigkeit des initiierten Bürgerbegehrens nach Absatz 2 festgestellt, können die Vertrauenspersonen die Durchführung des initiierten Bürgerbegehrens durch weitere Sammlung von Unterschriften abschließend fortsetzen und die Unterschriftenlisten anschließend beim Gemeindevorstand einreichen; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Das initiierte Bürgerbegehren muss von mindestens 10 Prozent der Bürger unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend. Die nach Absatz 1 abgegebenen sowie die gegebenenfalls zwischenzeitlich gesammelten gültigen Unterschriften sind bei der Ermittlung des Ergebnisses einzubeziehen. § 81 Absatz 6 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Ist das Quorum nach Satz 2 erreicht, ist die Angelegenheit den Bürgern der Gemeinde zur Abstimmung vorzulegen (Bürgerentscheid); § 81 Absatz 7 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Gegen die Entscheidung der Gemeinde über das Nichterreichen des Quorums nach Satz 2 können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Die Entscheidung über das Erreichen des Quorums nach Satz 2 bewirkt, dass bis zum Bürgerentscheid eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>nicht mehr getroffen und entgegenstehende Vollzugshandlungen nicht vorgenommen werden dürfen. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der Hauptausschuss die Durchführung der mit dem initiiierenden Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.</p>	<p>nicht mehr getroffen und entgegenstehende Vollzugshandlungen nicht vorgenommen werden dürfen. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der Hauptausschuss die Durchführung der mit dem initiiierenden Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.</p>
<p>(4) Das Bürgerbegehren kann sich auch gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses richten (kassatorisches Bürgerbegehren). In diesem Fall muss es innerhalb von acht Wochen nach der Veröffentlichung des Beschlusses gemäß § 39 Absatz 3 zuzüglich des Zeitraums der Übermittlung der Kostenschätzung ab Anzeige des kassatorischen Bürgerbegehrens schriftlich beim Gemeindewahlleiter eingereicht werden; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Das kassatorische Bürgerbegehren muss von mindestens 10 Prozent der Bürger unterzeichnet sein. Jede Unterschriftenliste muss den vollen Wortlaut der Frage, eine hinreichende Begründung, eine Vertrauensperson, eine stellvertretende Vertrauensperson sowie die von der Verwaltung mitgeteilte Kostenschätzung enthalten. Die §§ 31, 81 Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 bis 4 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gelten entsprechend. Ungültig sind insbesondere Eintragungen,</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>1. die auf Listen geleistet worden sind, die nicht den Anforderungen nach den Sätzen 4 und 5 entsprechen oder</p>	
<p>2. die bereits vor der Beschlussfassung der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses nach Satz 1 geleistet worden sind.</p>	
<p>§ 81 Absatz 4 Nummer 3 bis 8 und Absatz 5 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Über die Zulässigkeit eines kassatorischen Bürgerbegehrens entscheidet die Gemeinde unverzüglich. § 81 Absatz 6 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Ist das kassatorische Bürgerbegehren zulässig, ist die Angelegenheit den Bürgern der Gemeinde zur Abstimmung vorzulegen (Bürgerentscheid); § 81 Absatz 7 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. Gegen die Entscheidung über die Unzulässigkeit können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der Hauptausschuss die Durchführung der mit dem kassatorischen Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt. Ein erfolgreicher kassatorischer Bürgerentscheid ist der nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.“</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 5 und 6.	c) <u>u n v e r ä n d e r t</u>
d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und in Satz 1 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.	d) <u>u n v e r ä n d e r t</u>
e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 8.	e) <u>u n v e r ä n d e r t</u>
	<u>4. Nach § 30 Absatz 4 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:</u>
	<u>„Sachkundige Einwohner können für die im Rahmen ihrer Mandatsausübung erfolgte Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld erhalten.“</u>
<u>4.</u> Nach § 34 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:	<u>5.</u> Nach § 34 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Der Vorsitzende kann zulassen, dass Gemeindevertreter auf begründeten in Textform einzureichenden Antrag hin per Video oder Audio an der Sitzung teilnehmen können, soweit dies technisch möglich ist. Die Anzahl der per Video oder Audio teilnehmenden Gemeindevertreter darf 30 Prozent der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung nicht überschreiten. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. § 36 Absatz 2 Satz 1 und 2 bleibt unberührt. Die per Video oder Audio Teilnehmenden haben bei der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können. Näheres zum Antrag und dem Verfahren der Genehmigung durch den Vorsitzenden ist in der Geschäftsordnung zu regeln. Treten vor oder während der Sitzung technische Störungen auf, die eine Teilnahme oder weitere Teilnahme von per Video oder Audio teilnehmenden Gemeindevertretern an der Sitzung über einen angemessenen Zeitraum hinaus verhindern, ist dies als entschuldigtes Fernbleiben zu werten. § 38 Absatz 1 bleibt unberührt.“

„(1a) Die Gemeindevertretung tagt grundsätzlich in Präsenzsitzung. Gemeindevertreter können, abgesehen von der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung, auf begründeten Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen, soweit dies technisch möglich ist. Ein begründeter Antrag liegt vor, wenn der Gemeindevertreter andernfalls seine persönliche Teilnahme an der Sitzung aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder vergleichbaren Gründen nicht ermöglichen könnte. Näheres dazu kann in der Geschäftsordnung geregelt werden. Abweichend von Satz 2 kommen für den Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung der Gemeindevertretung und den Hauptverwaltungsbeamten nur eine persönliche Teilnahme am Sitzungsort in Betracht. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass sich die am Sitzungsort anwesenden und die per Video teilnehmenden Gemeindevertreter gegenseitig wahrnehmen können und die am Sitzungsort anwesende Öffentlichkeit die Sitzung verfolgen kann. § 36 Absatz 3 findet insoweit keine Anwendung. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. Geheime Wahlen erfolgen im Nachgang der jeweiligen Sitzung durch Briefwahlen. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die per Video Teilnehmenden haben bei der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können. Treten vor oder während der Sitzung technische Störungen auf, die eine Teilnahme oder weitere Teilnahme von per Video teilnehmenden Gemeindevertretern an der Sitzung über einen angemessenen Zeitraum hinaus verhindern, ist dies als entschuldigtes Fernbleiben zu werten.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
	§ 38 Absatz 1 bleibt unberührt. <u>Eine aus technischen Gründen verursachte zeitweise Teilnahme nur per Audio ist unbeachtlich.</u>
	6. <u>§ 43 Absatz 4 Satz 4 wird wie folgt gefasst:</u>
	<u>„§ 30 Absatz 1, 2 und 4, § 31 Absatz 2 und 3, § 34 Absatz 1a sowie § 50a Absatz 2 gelten entsprechend.“</u>
	7. <u>§ 45 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:</u>
	<u>„§ 30 Absatz 4 Satz 6 findet entsprechend Anwendung.“</u>
5. <u>Dem § 44 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:</u>	<u>entfällt</u>
<u>„§ 34 Absatz 1a findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die Anzahl der per Video oder Audio teilnehmenden stimmberechtigten Ausschussmitglieder 30 Prozent der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder nicht überschreiten darf.“</u>	
6. <u>§ 46 wird wie folgt geändert:</u>	8. <u>§ 46 wird wie folgt geändert:</u>
a) Absatz 3a Satz 2 wird aufgehoben.	a) <u>u n v e r ä n d e r t</u>
b) Nach Absatz 3a wird folgender Absatz 3b eingefügt:	b) Nach Absatz 3a wird folgender Absatz 3b eingefügt:

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(3b) Dem Ortsbeirat obliegt die eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis über ortsteilbezogene Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen eines durch die Gemeindevertretung der Höhe nach festzulegenden Ortsteilbudgets. <u>Die Regelung gilt erstmalig für das Haushaltsjahr 2023.</u> Das Recht der Gemeindevertretung zum Erlass der Haushaltssatzung bleibt unberührt. Die Gewährung von Mitteln nach Absatz 4 bleibt unberührt.“</p>	<p>„(3b) Dem Ortsbeirat obliegt die eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis über ortsteilbezogene Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen eines durch die Gemeindevertretung der Höhe nach festzulegenden Ortsteilbudgets. Das Recht der Gemeindevertretung zum Erlass der Haushaltssatzung bleibt unberührt. Die Gewährung von Mitteln nach Absatz 4 bleibt unberührt.“</p>
<p><u>7.</u> In § 47 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 46 Abs. 3“ durch die <u>Angabe</u> „§ 46 Absatz 3, 3a und 3b“ ersetzt.</p>	<p><u>9.</u> In § 47 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 46 Abs. 3“ durch die <u>Wörter</u> „§ 46 Absatz 3, 3a und 3b“ ersetzt.</p>
<p><u>8.</u> § 48 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</p>	<p><u>10.</u> u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„(4) Für Bürgerentscheide im Sinne der Absätze 2 und 3 gilt § 15 Absatz 6 bis 8 entsprechend.“</p>	
<p><u>9.</u> Nach § 50 wird folgender Abschnitt 3a eingefügt:</p>	<p><u>11.</u> Nach § 50 wird folgender Abschnitt 3a eingefügt:</p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„Abschnitt 3a	„Abschnitt 3a
Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen	Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen
§ 50a	§ 50a
Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen	Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen
<p>(1) Ist ein Zusammentreten der Sitzungsteilnehmer an einem Sitzungsort zu Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte <u>auf Grund</u> einer außergewöhnlichen Notlage so wesentlich erschwert, dass eine ordnungsgemäße Sitzungsdurchführung unzumutbar wäre, kann die Gemeindevertretung mit zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder eine außergewöhnliche Notlage feststellen und damit die Anwendbarkeit <u>der Absätze 2 bis 5</u> eröffnen. Soll die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage bereits in einer Sitzung nach <u>den Absätzen 2 bis 5</u> erfolgen, so ist in diesem Fall der Beschluss nach Satz 1 zu Beginn der Sitzung zu fassen. Der Beschluss nach Satz 1 ist unter Berücksichtigung der Art der Notlage angemessen zeitlich zu befristen bzw. vorzeitig aufzuheben, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht mehr vorliegen. Die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage sowie deren Aufhebung ist der nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.</p>	<p>(1) Ist ein Zusammentreten der Sitzungsteilnehmer an einem Sitzungsort zu Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte <u>aufgrund</u> einer außergewöhnlichen Notlage so wesentlich erschwert, dass eine ordnungsgemäße Sitzungsdurchführung unzumutbar wäre, kann die Gemeindevertretung mit zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder eine außergewöhnliche Notlage feststellen und damit die Anwendbarkeit <u>des Absatzes 2</u> eröffnen. Soll die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage bereits in einer Sitzung nach <u>dem Absatz 2</u> erfolgen, so ist in diesem Fall der Beschluss nach Satz 1 zu Beginn der Sitzung zu fassen. Der Beschluss nach Satz 1 ist unter Berücksichtigung der Art der Notlage angemessen zeitlich zu befristen bzw. vorzeitig aufzuheben, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht mehr vorliegen. Die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage sowie deren Aufhebung ist der nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.</p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(2) In außergewöhnlicher Notlage gilt § 34 Absatz 1a mit der Maßgabe, dass die Anzahl der per Video oder Audio teilnehmenden Gemeindevertreter 50 Prozent der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung nicht überschreiten darf. Für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte findet diese Regelung mit der Maßgabe Anwendung, dass die Anzahl der per Video oder Audio teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder 50 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder nicht überschreiten darf.</p>	<p>(2) In außergewöhnlicher Notlage können alle Mitglieder der Gemeindevertretung per Audio oder Video an der Sitzung der Gemeindevertretung teilnehmen. § 34 Absatz 1a Satz 6 bis 14 sind entsprechend anzuwenden. Für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte findet diese Regelung entsprechend Anwendung. § 36 Absatz 3 findet keine Anwendung. Ergänzend sind im Falle von Video- und Audiositzungen der Öffentlichkeit die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten für das Verfolgen der Sitzungen der Gemeindevertretung allgemein bekannt zu machen.“</p>
<p>(3) In außergewöhnlicher Notlage können Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte auch als Videositzung oder Audiositzung erfolgen. Audiositzungen sollen nur dann durchgeführt werden, wenn eine Videositzung technisch nicht umsetzbar ist. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. Die per Video oder Audio Teilnehmenden haben bei der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können. §§ 36 Absatz 1 Satz 1 und 44 Absatz 2 sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Ortes der Sitzung die Art der Sitzung und der Ort der öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten gemäß Absatz 4 Satz 4 und Absatz 5 Satz 4 bekanntzumachen sind. § 36 Absatz 3 ist nicht anzuwenden.</p>	<p>entfällt</p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p><u>(4) Videositzungen sind Sitzungen, bei denen die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung unter Nutzung von Bild- und Tonübertragungen unabhängig vom Sitzungs-ort erfolgt. Videositzungen sind nur zulässig, wenn alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig durch Bild- und Tonübertragung an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen können. Die Teilnahme einzelner Sitzungsteilnehmer unter Nutzung von Tonübertragungen ist unbeachtlich; Absatz 5 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden. Bei Videositzungen ist mindestens zu gewährleisten, dass Presse, Rundfunk und ähnliche Medien und die interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen können. § 34 Absatz 1a Satz 7 und 8 gilt entsprechend.</u></p>	<p><u>entfällt</u></p>
<p><u>(5) Audiositzungen sind Sitzungen, bei denen die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung unter Nutzung von Tonübertragungen unabhängig vom Sitzungs-ort erfolgt. Audiositzungen sind nur zulässig, wenn alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig durch Tonübertragungen an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen können. Der Vorsitzende hat in geeigneter Art und Weise das Stimmergebnis der Beschlüsse festzuhalten und zu den Akten zu nehmen. Bei Audiositzungen ist mindestens zu gewährleisten, dass Presse, Rundfunk und ähnliche Medien und die interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen können. § 34 Absatz 1a Satz 7 und 8 gilt entsprechend.“</u></p>	<p><u>entfällt</u></p>

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p><u>10.</u> In § 95 Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 34 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz und Satz 3 sowie Absatz 2 bis 6“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz und Satz 3 sowie Absatz 1a bis 6“ ersetzt und nach der Angabe „§§ 35 bis 44,“ wird die Angabe „50a,“ eingefügt.</p>	<p><u>12.</u> u n v e r ä n d e r t</p>
<p><u>11.</u> § 124 Absatz 3 Satz 6 wird wie folgt gefasst:</p>	<p><u>13.</u> u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„§ 15 Absatz 6 Satz 2 und 4 und Absatz 8 gilt entsprechend.“</p>	
<p><u>12.</u> Teil 4 wird wie folgt geändert:</p>	<p><u>14.</u> Teil 4 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„Einschränkung von Grundrechten, Übergangsrecht“.</p>	
<p>b) <u>Nach der Überschrift</u> wird folgender § 140a <u>eingefügt</u>:</p>	<p>b) <u>Dem § 141</u> wird folgender § 140a <u>vorangestellt</u>:</p>
<p>„§ 140a</p>	<p>„§ 140a</p>
<p>Einschränkung von Grundrechten</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.“</p>	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Verbandsgemeinde- und Mitverwaltungsgesetzes	Änderung des Verbandsgemeinde- und Mitverwaltungsgesetzes
Das Verbandsgemeinde- und Mitverwaltungsgesetz vom 15. Oktober 2018 (GVBl. I Nr. 22 S. 2), das <u>zuletzt</u> durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 38 S. 3) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Verbandsgemeinde- und Mitverwaltungsgesetz vom 15. Oktober 2018 (GVBl. I Nr. 22 S. 2), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 38 S. 3) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Dem § 17 wird folgender Absatz 5 <u>angefügt</u> :	<u>entfällt</u>
<p><u>„(5) Im Fall der Auflösung eines Amtes nach § 134 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg kann das für Inneres zuständige Ministerium die Bildung einer Mitverwaltung aus Gründen des Gemeinwohls bei Vorliegen eines zustimmenden Beschlusses der Gemeindevertretung der künftigen mitverwaltenden Gemeinde anordnen. Im Fall von Gemeindezusammenschlüssen nach § 6 Absatz 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg kann das für Inneres zuständige Ministerium die Änderung oder Auflösung einer Mitverwaltung aus Gründen des Gemeinwohls anordnen. Die Beurteilung, ob Gründe des Gemeinwohls für eine Anordnung vorliegen, richtet sich ausschließlich nach diesem Gesetz und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Vor einer Anordnung nach Satz 1 oder Satz 2 sind die betroffenen Gemeinden zu hören.“</u></p>	
2. § 21 Absatz 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	1. § 21 Absatz 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Gesetzentwurf der Landesregierung	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„Auf den Mitverwaltungsausschuss sind die §§ 27 bis 31, 33 bis 42 und 50a Absatz 2 <u>bis 5</u> der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entsprechend anwendbar.“	„Auf den Mitverwaltungsausschuss sind die §§ 27 bis 31, 33 bis 42 und 50a Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entsprechend anwendbar.“
Artikel 3	Artikel 3
Änderung der Eigenbetriebsverordnung	Änderung der Eigenbetriebsverordnung
§ 8 Absatz 1 Satz 6 der Eigenbetriebsverordnung vom 26. März 2009 (GVBl. II S. 150) wird wie folgt gefasst:	§ 8 Absatz 1 Satz 6 der Eigenbetriebsverordnung vom 26. März 2009 (GVBl. II S. 150) wird wie folgt gefasst:
„§ 44 Absatz 3 Satz 1, 2 <u>und 4</u> , § 49 Absatz 3 und § 50a Absatz 2 Satz <u>2 sowie Absatz 3 bis 5</u> der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg finden entsprechend Anwendung, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.“	„§ 44 Absatz 3 Satz 1 <u>und 2</u> , § 49 Absatz 3 und § 50a Absatz 2 Satz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg finden entsprechend Anwendung, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.“
Artikel 4	Artikel 4
Evaluierungsbericht	Evaluierungsbericht
Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum <u>31. Dezember 2024</u> über die Erfahrungen mit den Regelungen des § 34 Absatz 1a und des § 50a der Kommunalverfassung.	Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum <u>30. Juni 2023</u> über die Erfahrungen mit den Regelungen <u>dieses Änderungsgesetzes</u> .
Artikel 5	Artikel 5
Inkrafttreten	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.	



Landtag Brandenburg
Ausschuss für Inneres und Kommunales
Herrn Andreas Büttner
Vorsitzender

- im Hause -

Potsdam, 8. Juni 2021

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion
der CDU-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Sondersitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 14. Juni 2021

zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften - Drucksache 7/3361

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

I. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) In § 15 werden die Absätze 1 und 2 wie folgt gefasst:

„(1) Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beim Gemeindevorstand beantragen (initiiierendes Bürgerbegehren). Die Gemeindeverwaltung teilt den Vertretungsberechtigten des initiierenden Bürgerbegehrens auf deren Antrag hin schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit.“

(2) Über die Zulässigkeit eines initiiierenden Bürgerbegehrens entscheidet die nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Dem schriftlichen Antrag auf Zulässigkeitsprüfung sind mindestens so viele Unterstützungsunterschriften von Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde beizufügen, deren Anzahl zweimal der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter entspricht. Jede Unterschriftenliste muss den vollen Wortlaut der Frage, eine hinreichende Begründung, eine Vertrauensperson, eine stellvertretende Vertrauensperson sowie die von der Gemeindeverwaltung mitgeteilte Kostenschätzung enthalten. Die §§ 31, 81 Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 bis 4 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gelten entsprechend. Ungültig sind insbesondere Eintragungen,

1. die auf Listen geleistet worden sind, die nicht den Anforderungen nach den Sätzen 3 und 4 entsprechen oder

2. die früher als ein Jahr vor dem Zugang des Antrags bei der Kommunalaufsichtsbehörde geleistet worden sind.

§ 81 Absatz 4 Nummer 3 bis 8 und Absatz 5 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend.

Die Kommunalaufsichtsbehörde legt dem Gemeindewahlleiter die Unterschriftenlisten zur Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen nach Satz 2 bis 6 vor.

Der Gemeindewahlleiter ermittelt unverzüglich das Ergebnis und legt dieses der Kommunalaufsichtsbehörde vor. Vor Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde sind die Vertrauenspersonen und die Gemeinde anzuhören. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des initiiierenden Bürgerbegehrens hat die Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten nach Kenntnis aller für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu treffen; § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Gegen die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde können die Vertrauenspersonen gemeinsam unmittelbar die Verwaltungsgerichte anrufen. Für die Gemeinde gilt § 119 Satz 1 entsprechend.“

b) § 15 Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.“

2. Nummer 4 wird wie folgend geändert:

Nach § 34 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Gemeindevertretung tagt grundsätzlich in Präsenzsitzung. Gemeindevertreter können, abgesehen von der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung, auf begründeten Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen, soweit dies technisch möglich ist. Ein begründeter Antrag liegt vor, wenn der Gemeindevertreter anderenfalls

seine persönliche Teilnahme an der Sitzung aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder vergleichbaren Gründen nicht ermöglichen könnte. Näheres dazu kann in der Geschäftsordnung geregelt werden. Abweichend von Satz 2 kommen für den Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung der Gemeindevertretung und den Hauptverwaltungsbeamten nur eine persönliche Teilnahme am Sitzungsort in Betracht.

Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass sich die am Sitzungsort anwesenden und die per Video teilnehmenden Gemeindevertreter gegenseitig wahrnehmen können und die am Sitzungsort anwesende Öffentlichkeit die Sitzung verfolgen kann. § 36 Absatz 3 findet insoweit keine Anwendung. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. Geheime Wahlen erfolgen im Nachgang der jeweiligen Sitzung durch Briefwahlen. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die per Video Teilnehmenden haben bei der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können. Treten vor oder während der Sitzung technische Störungen auf, die eine Teilnahme oder weitere Teilnahme von per Video teilnehmenden Gemeindevertretern an der Sitzung über einen angemessenen Zeitraum hinaus verhindern, ist dies als entschuldigtes Fernbleiben zu werten. § 38 Absatz 1 bleibt unberührt. Eine aus technischen Gründen verursachte zeitweise Teilnahme nur per Audio ist unbeachtlich.“

3. § 43 Absatz 4 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 30 Abs. 1, 2 und 4, § 31 Abs. 2 und 3, § 34 Abs. 1a sowie § 50a Abs. 2 gelten entsprechend.“

4. Nummer 5 wird gestrichen

5. Nummer 9 wird wie folgt geändert:

a) § 50a Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „der Absätze 2 bis 5“ durch die Wörter „des Absatzes 2“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „den Absätzen 2 bis 5“ durch die Wörter „dem Absatz 2“ ersetzt

b) § 50a Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) In außergewöhnlicher Notlage können alle Mitglieder der Gemeindevertretung per Audio oder Video an der Sitzung der Gemeindevertretung teilnehmen. § 34 Absatz 1a Satz 6 bis 14 sind entsprechend anzuwenden. Für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte findet diese Regelung entsprechend Anwendung.“

§ 36 Absatz 3 findet keine Anwendung. Ergänzend sind im Falle von Video- und Audiositzungen der Öffentlichkeit die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten für das Verfolgen der Sitzungen der Gemeindevertretung allgemein bekannt zu machen.“

6. § 50 a Absätze 3 bis 5 werden gestrichen.

7. Nummer 6 b wird wie folgt geändert:

In § 46 Absatz 3b wird Satz 2 gestrichen.

8. Nach § 30 Abs. 4 Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Sachkundige Einwohner können für die im Rahmen ihrer Mandatsausübung erfolgte Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld erhalten.“

9. § 45 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 30 Absatz 4 Satz 6 findet entsprechend Anwendung.“

II. Artikel 2 Nummer 1 wird gestrichen.

1. § 21 Absatz 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Auf den Mitverwaltungsausschuss sind die §§ 27 bis 31, 33 bis 42 und 50a Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entsprechend anwendbar.“

III. Artikel 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2, § 49 Absatz 3 und § 50a Absatz 2 Satz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg finden entsprechend Anwendung, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.“

IV. Artikel 4 wird wie folgt gefasst:

Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 30. Juni 2023 über die Erfahrungen mit den Regelungen dieses Änderungsgesetzes.

Begründung:

Zu I. Nr. 1)

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Zulässigkeitsprüfung des Bürgerbegehrens bereits zu Beginn des Verfahrens durchzuführen. Die Änderung in § 15 Abs. 2 legt die Anzahl an beizubringenden Unterschriften für den Antrag auf Zulässigkeitsprüfung fest. Diese orientiert sich an der Regelung von § 70 Absatz 5 BbgKWahlG und legt folglich die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften für den Antrag auf Zulässig-

keitsprüfung auf das Zweifache der Anzahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der jeweiligen Gemeinde fest. Aufgrund der Neufassung von § 15 Absatz 1 und 2 erfolgen in den Absätzen 2 und 3 Anpassungen von Verweisen hinsichtlich der Anforderungen an Eintragungen auf Unterschriftenlisten und die notwendige Form der zu verwendenden Unterschriftenlisten.

Zu I. Nr. 2)

Die Änderung ermöglicht Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern eine Teilnahme an Präsenzsitzungen der Gemeindevertretung auch per Video, sofern sie an der Sitzung andernfalls nicht teilnehmen könnten. Nimmt der oder die Vorsitzende der Gemeindevertretung nur per Video teil, ist die Sitzungsleitung durch eine persönlich anwesende Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu übernehmen. Außerdem wird die Möglichkeit eröffnet, weitere Regelungen in den jeweiligen Geschäftsordnungen zu treffen. Außerdem wird geregelt, dass geheime Wahlen in Sitzungen nicht zulässig sind, in denen Wahlberechtigte als Videoteilnehmer zugeschaltet sind. Der Wahlakt als solcher hat dann im Anschluss an die Sitzung per Briefwahl zu erfolgen. Vorschlag und Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber können jedoch weiterhin in der Sitzung – auch unter Hinzuschaltung von Mitgliedern der Vertretung per Video – erfolgen. Die Bestimmungen zur Zurückweisung von Wahlbriefen sowie die Auslegungsregeln des § 45 Absatz 3 bis 5 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes finden entsprechend Anwendung.

Zu I. Nr. 4)

Der Verweis auf die eingeschränkte Anwendung des § 34 Abs. 1a im § 44 Absatz 3 entfällt, um den Ausschüssen dieselben Verfahren wie in der Gemeindevertretung zu ermöglichen.

Zu I. Nr. 5)

- a) Aufgrund der Streichung der Absätze 3 bis 5 im § 50a erfolgt eine Folgeänderung der Verweise.
- b) Der neu eingeführte § 50a zur Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen wird vereinfacht. In der Notlage wird jetzt die Anwendung des § 34 Absatz 1a möglich, jedoch entfällt in der Notlage die Notwendigkeit zur Begründung der individuellen Abwesenheit, um auch in der Notlage die Arbeits- und Beschlussfähigkeit des Organs zu gewährleisten.

Zu I. Nr. 6)

Durch Vereinfachung der Absätze 1 und 2 entfällt in den bisherigen Absätzen 3 bis 5 die Notwendigkeit präzisierender Regelungen.

Zu I. Nr. 7)

In Umsetzung einer Empfehlung aus dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ soll der Ortsbeirat zukünftig über ein der Höhe nach durch die Gemeindevertretung zu bestimmendes Ortsteilbudget für ortsteilbezogene Aufwendungen entscheiden können und künftig mehr finanzielle Eigenverantwortung ausüben können. Bereits zum

Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes beschlossene Haushaltssatzungen behalten ihre Gültigkeit.

Zu I. Nr. 8)

Zukünftig sollen sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner auch Sitzungsgelder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen erhalten, wenn die Teilnahme im Rahmen ihrer Tätigkeit als sachkundiger Einwohner erfolgt.

Zu I. Nr. 9)

In Folge der Änderung zu I. Nr. 8 wird hier ein Verweis angepasst.

Zu II.

Die Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung ist derzeit nicht gegeben.

Zu III.

Entsprechend der Änderungen im § 50a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sind die Verweise in § 8 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden anzupassen.

Zu IV.

Erste Erfahrungen insbesondere zu digitalen Sitzungsformaten konnten während der Gültigkeit des Kommunalen Notlagegesetzes gewonnen werden. Aufgrund der hohen Dynamik der Situation plant der Gesetzgeber, eine gründliche Evaluierung der nun erfolgenden Gesetzesänderung vorzunehmen und bittet die Landesregierung daher um Vorlage eines Berichts zum 30. Juni 2023.

Harald Pohle
(SPD-Fraktion)

André Schaller
(CDU-Fraktion)

Heiner Klemp
(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderungsantrag der

Fraktion Die Linke

im Ausschuss für Inneres und Kommunales

am 14.06.2021

zu TOP 2

Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/3361 vom 13.04.2021

Es wird beantragt:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Der Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen wird geändert:

1. Artikel I Nr. 3 a wird wie folgt geändert:

In § 15 Absatz 2 wird folgender Satz 2 neu eingefügt:

„Der schriftliche Antrag auf Prüfung der Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens kann von den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens gestellt werden.“

2. Artikel I Nr. 3 b wird wie folgt geändert:

In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Kommunalaufsichtsbehörde“ die Worte „nach einem Antrag auf Zulässigkeitsprüfung“ eingefügt.

Begründung:

Die im Gesetzentwurf und die im Änderungsantrag aufrecht erhaltene Formulierung des Absatz 3: „Hat die Kommunalaufsichtsbehörde die Zulässigkeit des initiiierenden Bürgerbegehrens nach Absatz 2 festgestellt, können die Vertrauenspersonen die Durchführung des initiiierenden Bürgerbegehrens durch weitere Sammlung von Unterschriften abschließend fortsetzen und die Unterschriftenlisten abschließend fortsetzen und die Unterschriftenlisten anschließend beim Gemeindevorstand einreichen; ...“ ist missverständlich und birgt die Gefahr der Fehlinterpretation dahingehend, dass eine weitere fortgesetzte Sammlung der Unterschriften für ein Bürgerbegehren für den Zeitraum der Zulässigkeitsprüfung nicht möglich sein soll. Das birgt die Gefahr, dass Initiativen durch den Zeitraum der Zulässigkeitsprüfung an Unterstützung verlieren. Deshalb soll die Zulässigkeitsprüfung zusätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen können.

Eine Initiative die sich Ihrer Sache und der Zulässigkeit Ihrer Initiative sicher ist, kann dann wie

bisher geregelt, die erforderliche Zahl der Unterschriften sammeln und die Zulässigkeitsprüfung des Begehrens erfolgt im Anschluss.

Für die Fraktion Die Linke

Andrea Johlige

Andreas Büttner

**Änderungsantrag der
Fraktion Die Linke**

**im Ausschuss für Inneres und Kommunales
am 14.06.2021
zu TOP 2**

**Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer
Vorschriften, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/3361
vom 13.04.2021**

Es wird beantragt:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird geändert.

Artikel 5 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Artikel 1 Nummer 4 (§ 34 Absatz 1a) tritt am 31. Mai 2024 außer Kraft.“

Begründung:

Mit der Änderung des § 34 Absatz 1a des Gesetzentwurfs wird die Möglichkeit eingeräumt, dass theoretisch bis auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der jeweiligen Sitzung und den Hauptverwaltungsbeamten oder die Hauptverwaltungsbeamtin, alle an der Sitzung Teilnehmenden per Video teilnehmen können. Das ist ein weit reichender Schritt, dessen praktische Auswirkungen auf die Sitzungstätigkeit in den Ausschüssen und Vertretungen nicht wirklich abgeschätzt werden können. Es ist davon auszugehen, dass diesem Punkt in der vorgesehenen Evaluierung eine hohe Bedeutung zukommen wird. Deshalb soll § 34 Absatz 1 a am 31. Mai 2024, und damit dem Ende der Kommunalwahlperiode außer Kraft treten.

Für die Fraktion Die Linke

Andrea Johlige

Andreas Büttner

Landtag Brandenburg

Ausschuss für Inneres und Kommunales

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zu:

TOP 2 der Sondersitzung vom 14.06.2021: Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften – Drucksache 7/3361 vom 13.04.2021

Änderung der Kommunalverfassung zur Anpassung an die Lebenswirklichkeit

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

I. Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt gefasst:

„Artikel 1 Änderung der Kommunalverfassung

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 38 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 34 Einberufung der Gemeindevertretung wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 werden nach Satz 3 folgende Sätze angefügt:

„Die Gemeindevertretung tritt im Regelfall in Präsenzsitzungen zusammen. Im Fall einer festgestellten außergewöhnlichen Notlage kann die Gemeindevertretung auch in Videokonferenzen oder Telefonkonferenzen zusammentreten, sofern dies einstimmig beschlossen wird.“

2. § 36 Öffentlichkeit der Sitzungen wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Öffentlichkeit ist neben Präsenzsitzungen auch bei Videokonferenzen und Telefonkonferenzen gemäß § 34 Absatz 1 Satz 5 durch geeignete Maßnahmen herzustellen.“

b) In Absatz 2 werden die Sätze 2 bis 5 alt zu den Sätzen 3 bis 6 neu.

3. § 38 Beschlussfähigkeit wird wie folgt geändert:

Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„Die Gemeindevertretung kann Beschlüsse über Beratungsgegenstände, die per Videokonferenz oder Telefonkonferenz behandelt worden sind und auch die Beschlussfassung über das Zusammentreten als Video- oder Telefonkonferenz im Falle einer durch den Landtag festgestellten außergewöhnlichen Notlage, auch im schriftlichen Umlaufbeschlussverfahren fassen. Für eine Beschlussfassung im schriftlichen Umlaufbeschlussverfahren ist jedem Gemeindevertreter eine Beschlussvorlage sowie sämtliche erforderlichen Informationen elektronisch, per Fax oder per Post nebst der Setzung einer Annahmefrist zur Verfügung zu stellen.“

II. Artikel 2 des Gesetzentwurfes wird wie folgt gefasst:

„Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt nach Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin/Der Präsident des Landtages Brandenburg‘

Begründung:

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag werden die notwendigen Regelungen zur Ermöglichung von Video- und Telefonkonferenzen sowie Beschlussfassungen im Umlaufbeschlussverfahren auf kommunaler Ebene im Falle festgestellter außergewöhnlicher Notlagen ermöglicht, um das verfassungswidrige Kommunale Notlagengesetz und die Kommunale Notlagenverordnung zu ersetzen.

Die zur Erweiterung der Handlungsfähigkeit im Ausnahmefall notwendigen Änderungen der Kommunalverfassung sollen mit den hier vorliegenden Regelungen dahingehend umgesetzt werden, dass die Möglichkeiten der Tagung der Gemeindevertretung per Video- oder Telefonkonferenz sowie der Beschlussfassung im Umlaufbeschlussverfahren eröffnet werden. Der Regelfall der Präsenzsitzung wird noch einmal herausgehoben und die Ausnahmemöglichkeiten der Tagung per Video- oder Telefonkonferenz an die Feststellung einer außergewöhnlichen Notlage durch den Landtag Brandenburg sowie die einstimmige Beschlussfassung der Gemeindevertretung im Umlaufbeschlussverfahren geknüpft.

Lena Duggen
Abgeordnete

Wilko Möller
Abgeordneter

Daniel Frh. v. Lützow
Abgeordneter

Lars Schieske
Abgeordneter